

Land distanziert sich von Jung-Grünen

CDU-Anfrage zerpfückt polizeikritisches Pamphlet

VON KARL DOELEKE

HANNOVER. Die Landesregierung hat sich auf Anfrage der CDU von einer polizeikritischen Broschüre der Grünen Jugend in Göttingen distanziert. In dem 40-seitigen Pamphlet erhebt die Jugendorganisation der Grünen schwere Vorwürfe gegen die Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) der Göttinger Bereitschaftspolizei. Diese mache vor allem durch Polizeigewalt von sich reden und sei eine „Eskalationseinheit und politisches Instrument“, heißt es in der Schrift. Ihr „häufig willkürliches und aggressives Verhalten“ gegenüber Demonstrationsteilnehmern und „eskaliertere Polizeieinsätze“ sorgten für breite Kritik. Für die CDU im Landtag ist das eine Steilvorlage: Was denn dran sei an den Vorwürfen der Grünen Jugend Göttingen, will sie von der Landesregierung wissen.

Die Antworten des SPD-geführten Innenministeriums auf die 35 Fragen zu Behauptungen der Jugendorganisation des Koalitionspartners fallen recht einseitig aus. Auf Fragen wie „Gibt es in einer BFE Niedersachsens ‚Gewaltlust‘ oder ‚Sadismus‘?“ oder ob Mitglieder des rassistischen Ku-Klux-Klans in der BFE seien, antwortet das Land oft schlicht mit „Nein.“ Der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Adasch sagte, die Broschüre solle dazu beitragen, die Polizei in Göttingen zu verunglimpfen. Minister Boris Pistorius müsse das Gespräch mit der Grünen Jugend suchen.

Mann verpasst Bahnhof – und zieht die Notbremse

SALZBERGEN. Ein Bahnreisender hat im Emsland gleich zweimal für Verspätungen im Zugverkehr gesorgt. Wie die Bundespolizei am Donnerstag mitteilte, zog der 37-Jährige am Mittwochmittag in der Westfalenbahn von Münster nach Emden die Notbremse – kurz nachdem der Zug den Bahnhof Salzbergen verlassen hatte. Er hatte es verpasst, dort auszusteigen. Der Schaffner hinderte ihn aber daran, den Zug zu verlassen und auf freier Strecke auszusteigen. Das durfte er erst im nächsten Bahnhof des Örtchens Leschede. Dort kletterte der Mann dann über die geschlossenen Schranken, um noch den Gegenzug zurück nach Salzbergen zu bekommen. Der Lokführer der herannahenden Bahn musste eine Schnellbremsung hinlegen, um einen Unfall zu vermeiden. Der 37-Jährige muss sich nun wegen des Missbrauchs der Notbremse und des gefährlichen Eingriffs in den Bahnverkehr verantworten. Insgesamt gingen 17 Minuten Verspätung auf das Konto des Mannes, teilte die Polizei mit.

Gegen die Angst in den Städten

Intelligente Stadtplanung soll Sicherheit erhöhen – das ist das Ergebnis einer Modellstudie in Niedersachsen

VON MICHAEL EVERS

HANNOVER. Wenn es um mehr Sicherheit in den Städten geht, kommt regelmäßig der Ruf nach mehr Polizeibeamten. Niedersachsen will jetzt einen neuen Weg gehen: Neben der Polizei sollen auch die Stadtplanung und die Wohnungswirtschaft in Konzepte für mehr Sicherheit einbezogen werden. Das ist das Ergebnis eines Modellprojekts in Braunschweig, Emden und Lüneburg. Es solle stärker auf eine sicherheitsrelevante Gestaltung des öffentlichen Raumes geachtet werden, sagte Landespolizeipräsident Uwe Binias am Donnerstag zum Abschluss der Modellstudie.

Dafür wurden mit Braunschweig-Weststadt, Emden-Barenburg und Lüneburg-Mittelfeld drei Stadtteile ausgewählt, die in ihrer räumlichen und soziokulturellen Struktur stellvertretend für andere Städte stehen. Das Landeskriminalamt (LKA) und das Deutsche Institut für Urbanistik untersuchten, welche Orte von Bewohnern als unsicher empfunden werden – sogenannte Angststräume sind –, und was gefährliche Orte sind, an denen es tatsächlich zu Kriminalität kommt. Danach wurde geschaut, wie man diese verändern kann. Die Ergebnisse sollen deutschlandweit Anwendung finden.

Konkret wurde über Kriminalität hinaus nach Missständen wie etwa Lärm und Müll gesucht, die das nachbarschaftliche Miteinander stören, erklärte LKA-Projektleiterin Anke Schröder. Zur Problemlösung gehöre bereits, Zuständige für mehr Beleuchtung oder Sauberkeit zu ermitteln – wichtig sei ein gemeinsamer Blick von Kommune, Polizei und Wohnungswirtschaft auf ein Quartier. Entscheidend gerade beim Neubau von Vierteln seien die Erreichbarkeit und Lage von Wegen, die Beleuchtung und Möglichkeit sozialer Kontrolle.

„Wir legen Wert darauf, Straftaten nicht entstehen zu lassen“, sagte LKA-Präsident Uwe Kolmey. Der öffentliche Raum müsse ein Ort der Begegnung sein und Rückzugsmöglichkeiten bieten, aber keine Verstecke. Wie Landespolizeipräsident Binias betonte, sollten die alle



Stadtviertel richtig strukturieren: Auch Beleuchtung spielt eine große Rolle für das Sicherheitsgefühl der Einwohner.

Foto: dpa

zwei Jahre aus der Dunkelfeldstudie zu nicht angezeigter Kriminalität gewonnenen Erkenntnisse für eine intelligentere Stadtplanung genutzt werden.

„Wir haben eine Phase massiver Neubauplanung, die größte seit dem Zweiten Weltkrieg“, sagte LKA-Forschungsleiter Hartmut Pfeiffer. Geleert werden könne aus Fehlern der Vergangenheit. Um alte

Dorfkerne herum etwa seien Neubaugebiete angelegt worden, in denen es heute oft Einbrüche gebe – aus dem simplen Grund, dass sich dort tagüber wenig Leute aufhalten. Im alten Dorfkern hingegen sorgten Geschäfte, Schulen, die Kirche oder der Friedhof dafür, dass von früh bis spät Menschen unterwegs seien und es eine soziale Kontrolle gebe. Eine ähnliche Durchmischung von Wohnen und öffentlichem Leben sei in künftigen Vierteln wünschenswert.

Planer sollen aus Fehlern der Vergangenheit lernen

„Chancen der Dörfer nutzen“

LÜCHOW. EU-Mittel haben in den vergangenen Jahren erheblich zu einer Stärkung der dörflichen Regionen beigetragen. Das sagte Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) am Donnerstag beim 4. Niedersächsischen Tag der Landentwicklung in Lüchow. Seit Beginn der Förderperiode 2014 seien landesweit rund 91,5 Millionen Euro aus EU-Mitteln und weitere 50 Millionen Euro aus einem Fonds zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes bewilligt worden. Allein in die Dorfentwicklung seien unter dem Strich fast 49 Millionen Euro geflossen.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg habe wegen seiner Randlage eine Sonderstellung. „Diese Region ist Paradebeispiel für das, was durch Förderung möglich ist“, sagte Minister Meyer. „So zeigt die Dorfentwicklung in den Rundlingsdörfern, welche Potenziale es gibt und welches Engagement notwendig ist, um Chancen zu nutzen.“ Historische Siedlungsformen sollten dort erhalten bleiben. Auch andere Fördermaßnahmen könnten genutzt werden, etwa für die Neugestaltung von Ferienwohnungen oder die Neuansiedlung von Handwerksbetrieben.

Abgang einer Hochschulpräsidentin

Folgen des Antisemitismus-Streits in Hildesheim: Christiane Dienel wird ihr Amt los

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. Mit bitteren Worten hat Christiane Dienel, die bisherige Präsidentin der Hildesheimer Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK), ihren Rauswurf kommentiert – bisheriger Höhepunkt im Antisemitismus-Streit, der seit Monaten die Hochschule belastet. „Was ich in den letzten Wochen erleben musste, ist eine von Furcht und Verantwortungslosigkeit geprägte Reaktion fast aller Beteiligten“, schrieb Dienel.

Kurz zuvor hatte der Senat der Hochschule der 51-Jährigen den Stuhl vor die Tür gesetzt. Eine im Mai dieses Jahres vom Senat beschlossene Verlängerung des Präsidentenvertrages um weitere acht Jahre zog das Hochschulgremium am Mittwochabend wieder zurück. „Mit dem Beschluss des Senats ist die Grundlage für die Ernennung von Frau Prof. Dienel für eine zweite Amtszeit ab dem 1.1.2017 entfallen“, notierte am Donnerstag lakonisch Niedersachsens Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic (Grüne), die gerade in Israel auf Dienstreife ist.

Mit der Nichtverlängerung des Vertrages für Dienel zog der Hochschulsenat einen vorläufigen Schlussstrich unter eine Affäre, die im August dieses Jahres öffentlich geworden war, doch schon wesentlich länger schwelt. Bereits vor Jahren gab es begründete Beschwerden über ein Doppelseminar an der Hochschule, das sich unter anderem mit der sozia-

len Lage von Jugendlichen in Palästina beschäftigte und deutlich antisemitische Tendenzen hatte. Es führte zu massiven Beschwerden der jüdischen Gemeinschaft. Als die Hochschule im Sommer dieses Jahres in Israel als „Hassfabrik“ bezeichnet wurde, twitterte Dienel zurück: „Wer ist hier die Hassfabrik?“

Dienel stellte sich damals hinter ihre Hochschule, ihre Twitter-Nachricht ließ die Wellen der Empörung aber erst recht hochschlagen. Später bedauerte die Präsidentin ihr Verhalten. Doch eine im September in Hannover durchgeführte Podiumsdiskussion zum Antisemitismus-Streit geriet zum Tribunal über die Präsidentin. Sie warf jetzt den zahlreichen, mit dem Konflikt befassten Gremien der Hochschule vor, „durch die Fokussierung des Konflikts auf meinen Kopf die eigene Verantwortung zu leugnen“.

In der Landespolitik wurde die „Kündigung“ Dienels mit Erleichterung, aber auch mit Verwunderung aufgenommen. „Der Senat bereinigt eine Situation, die eigentlich die Wissenschaftsministerin geklärt haben sollte“, meinte der CDU-Fraktionsvize Jörg Hillmer. Doch dafür habe der Ministerin die Kraft gefehlt. Es sei „haarsträubend“, wie man mit dem Zentralrat der Juden umgegangen sei, der sich über das Seminar beschwert, aber lange Zeit kein Gehör gefunden hatte.

Überrascht zeigten sich die Wissenschaftsexperten Silke Lesemann (SPD) und Ottmar von Holtz (Grüne) über den Rauswurf. „Eigentlich sollte noch ein Gutachten abgewartet werden.“ Lesemann wies auch auf die großen Leistungen Dienels hin, die

die HAWK nach vorn gebracht habe. Holtz merkte an, dass Dienel auch schon vor dem Antisemitismus-Streit umstritten war. „Der Rückzug war wohl nötig“, meinte FDP-Landtagschef Christian Dürr. Nun müsse die Affäre „vernünftig aufgearbeitet“ werden.

KOMMENTAR VON MICHAEL B. BERGER



Ausgetwittert

Wenn Dinge völlig schief laufen, muss der Chef oder die Chefin den Kopf hinhalten. Das ist jetzt in Hildesheim so, wo eine engagierte Hochschulchefin an den Abwehrreflexen ihres eigenen Hauses scheiterte. Die Hochschule hat Klagen von Studentinnen und Studenten nicht ernst genommen, dass Lehrveranstaltungen auch propagandistische Züge trugen. Und die Präsidentin hat zu spät und dann zu heftig reagiert. Sie hat sich aus dem Amt getwittert.

Der Senat hat für die Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajic die „Drecksarbeit“ geleistet. Denn für die Politikerin stand die Frage an, was sie tut, wenn ein bald erscheinendes Gutachten der HAWK bescheinigt, antisemitisches Gedankengut verbreitet zu haben. Die Ministerin hätte dann kaum den Vertrag für die Präsidentin verlängern können, ohne selber zur Zielscheibe der Kritik zu werden. So muss die Präsidentin (ruhig) bleiben kann.

„Wer ist hier die Hassfabrik?“, Christiane Dienel verteidigte ihre Hochschule gegen Kritik – und muss doch gehen. Foto: dpa



möbel staude

Die Besten im Norden

Aktionstage 04.11. Freitag extra spa 10.00-19.30
Aktionstage 05.11. Samstag extra spa 10.00-18.00
Aktions-Sonntag! 06.11. Verkaufsoffen! Geöffnet ab 10.00 Uhr Verkauf ab 12.00 Uhr, Frühstück ab 9.00 Uhr

EXTRA LANGES AKTIONSWOCHENENDE

>>> Sonntag verkaufsoffen!

Aktions-Rabatt Auf Möbel bis zu **25%** + **EXTRA 10% RABATT**

Große Hausmesse mit Werksberatung Eröffnung Adverts-Markt

SoulFood & Drinks... Großes italienisches Frühstücksbuffet am Sonntag ab 9 Uhr! ...und viele Leckereien auf unserem kulinarischen Markt!

Market **Route 66** **Sonntag** **Messe-Neuheiten**

GOP. **HARLEY-DAVIDSON COMPANY** **Radio Hannover** **saucen laden** **WET the show** **GOP Wintervariété** **2 Tickets zum Preis von 1****

SMARTprice Gutes Design zum kleinen Preis!

Nur bis Sonntag! Bitte bringen Sie die Maße Ihrer vorhandenen Räumlichkeiten mit.

Küchen zum Meterpreis!

küchen staude

Am Sonntag ab 11 Uhr **SHOWKOCHEN** Besuchen Sie unsere drei Aktivküchen und erfahren Sie alles Wissenswerte zum Thema Dampfgeräten... Küppersbusch **GAGGENAU Miele**

Meelbaumstraße | 30165 Hannover | www.moebel-staude.de | www.kuechen-staude.de (0511) 9 37 98-0 | Mo-Fr 10-19.30 Uhr, Sa 10-18 Uhr, So geöffnet ab 10, Verkauf ab 12, Frühstück ab 9 Uhr